

wo sie am wirksamsten die Interessen des militärischen Führungsapparates und die der herrschenden Monopolgruppen wahrnehmen können.

Gegenwärtig soll „eine völlige Neuorganisation des Bereiches Rüstung“ erfolgen. Dabei ist, wie Schmidt Anfang Februar 1971 verkündete, an die Schaffung einer zentralen Kommandostelle für eine noch engere Zusammenarbeit mit den Rüstungsmonopolen gedacht.

Bei der „Reorganisation des Rüstungsbereiches“ geht es, Schmidt zufolge, in erster Linie um eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie, um die Beschleunigung von Rüstungsprojekten für die Bundeswehr. Die führenden Rüstungskonzerne der BRD werden auf diesem Wege mehr als bisher in die Phase der Vorbereitung und Verteilung von Waffensystemen für die Bundeswehr eingeschaltet.

Bereits jetzt werden durch Vermittlung des „Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung“ beim Kriegsministerium der BRD jährlich etwa 32 000 Beschaffungs- und Entwicklungsverträge an die westdeutsche Rüstungsindustrie vergeben. Nahezu 600 000 Beschäftigte arbeiten heute bereits wieder in den Rüstungsmonopolen. Heute deckt die Bonner Bundeswehr ihren Bedarf an Waffen, Munition und Geräten bereits zu 70 Prozent aus der Industrie der BRD. Die Hauptproduktion konzentriert sich auf einige wenige Industriezweige, unter anderem auf die Flugzeug- und Raketenindustrie, auf die elektronische Industrie, den Fahrzeugbau und andere. Das „Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung“ verfügt auch über eigene militärische Erprobungsstellen. Es erfolgen gemeinsame Absprachen zwi-

schen Vertretern der Rüstungsmonopole und der militärischen Führungsspitze über die Wirksamkeit und über die sich neu ergebenden Anforder-

ungen an künftige Waffensysteme. Die militärische Führung nimmt auf diesem Wege verstärkt Einfluß auf den wirtschaftlichen Bereich.

Antimperialistischer Kampf auf neuer Stufe

Die Verflechtung von Rüstungsmonopolen und führenden Militärs läßt in der BRD ein militärisch - industrielles Machtsyndikat entstehen. Ein solcher gefährlicher Macht-komplex drängt die Politik der imperialistischen Staaten in noch aggressivere Bahnen, zu einer abenteuerlichen, zu einer das Kräfteverhältnis in der Welt falsch einschätzenden Politik und verschärft damit die Widersprüche im imperialistischen System selbst. Die Fäulnis und Überlebensfähigkeit des Imperialismus tritt im vorherrschenden Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes besonders kraß zutage.

Das antikommunistische Grundsatzdokument der SPD-Führung von November 1970 ist eine erneute Ermunterung für die Expansionsbestrebungen des Imperialismus, für alle reaktionären, aggressiven, revanchistischen Kräfte der BRD, da es in erster Linie gegen alle jene gerichtet ist, die in der BRD für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen.

Diesen aggressiven, revanchistischen Kräften in der BRD gilt es, Einhalt zu gebieten. „In der Tat ist es die geschichtliche Aufgabe des Volkes der westdeutschen Bundesrepublik, ist es das Gebot aus den Lehren der Geschichte, der Jagd der großen Monopole nach Superprofiten und ihrem Rüstungswahn ein für allemal ein Ende zu setzen, Konservatismus und Neonazismus zu überwinden und die demokratischen Rechte des Volkes im Zuge einer großen Erneuerung durchzusetzen.“⁽⁴⁾

Die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Lage in der Welt ermöglicht es, so wurde auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau festgestellt, den Kampf gegen den Imperialismus auf eine neue Stufe zu heben. Durch die Verstärkung der Offensive gegen den Imperialismus, durch den Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte kann die entscheidende Überlegenheit über den Imperialismus errungen und der imperialistischen Politik der Aggression eine Niederlage bereitet werden. „Der Imperialismus ist außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Hauptrichtung der Entwicklung der Menschheit wird vom sozialistischen Welt-system, von der internationalen Arbeiterklasse, von allen revolutionären Kräften bestimmt.“⁽⁵⁾ Elvira Lindau

Dipl.-Historiker

Deutsches Wirtschaftsinstitut

*) Paul Verner: Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag Berlin 1970, Seite 57

2) Erich Honecker: Die Vorbereitung und Durchführung der Parteiwahlen, ND vom 31. Januar 1971 (15. ZK-Tagung)

3) W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Bd. I; Dietz Verlag Berlin 1970, S. 842/843 — oder — „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Broschüre Dietz Verlag Berlin 1970, S. 129

4) W. Ulbricht: Referat auf der 12. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag Berlin 1969, S. 52

5) Dokumente der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Dietz Verlag Berlin 1969, Seite 13